

**Niederschrift über die 22. Sitzung des Finanzausschusses**  
**am Dienstag, 23.11.2021, 18:30 Uhr in der Aula**  
**der Lauenburgischen Gelehrtenschule, Bahnhofsallee 22, 23909 Ratzeburg**

**Anwesend :**

**Vorsitzende**

Frau Marion Wisbar

**Mitglieder**

Herr Uwe Martens

Herr Erich Rick

Herr Otto Rothe

Frau Corinna Ruth

Herr Werner Rütz

Herr Dr. Torsten Walther

**stellvertretende Mitglieder**

Herr Klaus-Stefan Clasen

als Vertreter für Frau Waltraud Clasen

Herr Michael Jäger

als Vertreter für Herrn Frank Stachowitz

Frau Bärbel Kersten

als Vertreterin für Herrn Matthis Hack

**Von der Verwaltung**

Herr Martin Bruns

Erster Stadtrat

Herr Lutz Jakubczak

Herr Axel Koop

zugleich Protokollführung

Frau Frauke Wannags

Herr Sebastian Langer

Frau Maren Colell

Herr Michael Wolf

Herr Peter Köpcke

Herr Said Ramez Payenda

Herr Burkhard Gramsch

Personalratsvorsitzender

Herr Christian Nimitz

Gemeindeführer

**Entschuldigt:**

**Mitglieder**

Frau Waltraud Clasen

Herr Matthis Hack

Herr Frank Stachowitz

Herr Dr. Carsten Stemich

## Öffentlicher Teil

### **Top 1 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**

#### **Eröffnung der Sitzung durch die/den Vorsitzende/n und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Die Vorsitzende, Frau Wisbar, eröffnet um 18:32 Uhr die 22. Sitzung des Finanzausschusses in der Aula der Lauenburgischen Gelehrtenschule, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt alle Anwesenden.

Frau Kersten vertritt Herrn Hack, Herr Jäger vertritt Herrn Stachowitz und Herr Clasen vertritt Frau Clasen.

Herr Koop wird zum Protokollführer bestellt.

### **Top 2 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**

#### **Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten**

Herr Koop verweist auf die nachträglich zur heutigen Sitzung versandte Beschlussvorlage „Pachtangelegenheiten; hier: Antrag zu einem Erbbaurechtsvertrag in der Moltkestraße“ und bittet um entsprechende Erweiterung des nichtöffentlichen Sitzungsteils um den Tagesordnungspunkt 16.

Die Vorsitzende lässt über den verwaltungsseitigen Dringlichkeitsantrag abstimmen:

10 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Anschließend lässt Frau Wisbar über den Vorschlag der Verwaltung, die Tagesordnungspunkte 13 bis 16 im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu behandeln, abstimmen.

10 Ja- Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Einstimmig wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

## Öffentlicher Sitzungsteil

- Punkt 1 Eröffnung der Sitzung durch die/den Vorsitzende/n und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

- Punkt 2 Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nicht-öffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- Punkt 3 Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 25.10.2021
- Punkt 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
- Punkt 5 Bericht der Verwaltung
- Punkt 6 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern
- Punkt 7 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)
- Punkt 8 Auswirkungen des Schulverbandshaushaltes auf den Haushalt der Stadt; hier: Weisungsbeschluss zur Festsetzung der Umlagen
- Punkt 9 I. Nachtragshaushaltsplan 2021
- Punkt 9.1 hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungsbeschluss
- Punkt 9.2 hier: Investitionsprogramm 2020 bis 2024
- Punkt 10 Haushaltsplan 2022
- Punkt 10.1 hier: Stellenplan 2022
- Punkt 10.2 hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungsbeschluss
- Punkt 10.3 hier: Investitionsprogramm 2021 bis 2025
- Punkt 11 Anträge
- Punkt 12 Anfragen und Mitteilungen

### **Nichtöffentlicher Sitzungsteil**

- Punkt 13 Personalangelegenheiten; hier: Einwerbung einer neuen Stelle für den Fachbereich 4 im Stellenplan 2022
- Punkt 14 Personalangelegenheiten der Volkshochschule
- Punkt 15 Digitalpakt Schule; hier: Vergabe der Planungs-, Bau- und Lieferleistungen
- Punkt 16 Pachtangelegenheiten; hier: Antrag zu einem Erbbaurechtsvertrag in der Moltkestraße

**Top 3 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 25.10.2021**

Einwendungen werden nicht erhoben; Änderungen und/oder Ergänzungen werden nicht gewünscht. Somit gilt die Niederschrift vom 25.10.2021 in der vorgelegten Fassung als genehmigt.

**Top 4 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**  
**Vorlage: SR/BerVoSr/326/2021**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Finanzausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

**Top 5 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Bericht der Verwaltung**

Herr Koop berichtet über die für das Land Schleswig-Holstein regionalisierten Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2021. Die Steuereinnahmen entwickeln sich deutlich positiver als noch im Frühjahr prognostiziert und verbessern damit auch die zur heutigen Sitzung vorgelegten Entwurfshaushalte für die Haushaltsjahre 2021 und 2022.

Eine entsprechende Übersicht und ein Vergleich der aktuellen Steuerschätzung mit der Steuerschätzung aus dem Mai 2021 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Ergänzend trägt Herr Koop vor, dass auf Basis der vorliegenden Schätzung auch mit deutlichen Ausgleichswirkungen hinsichtlich des zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Kommunen vereinbarten Stabilitätspakts zu rechnen sei. Demnach kompensiere das Land Mindereinnahmen bei den Gemeindeanteilen an der Lohn- und Einkommensteuer - gegenüber der Prognose der Steuerschätzung vom November 2019 - im Jahr 2021 in Höhe von 50 Prozent und im Jahr 2022 in Höhe von 25 Prozent. Als Bemessungsgrundlage für die interkommunale Verteilung dienen die gemeindlichen Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Für Ratzeburg reduziere sich die Kompensationsleistung um rd. 183 T€

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Finanzausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## **Top 6 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021 Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Die Vorsitzende eröffnet um 18:38 Uhr die sogenannte Einwohnerfragestunde und bittet um Wortbeiträge.

Herr Nimtz als Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg berichtet über das Einsatzgeschehen der vergangenen Wochen.

Er führt u. a. aus, dass während eines Unwettereinsatzes im Oktober der Brand eines eigenen Feuerwehrfahrzeuges verhindert werden konnte. Da ein solcher Brand aufgrund eines technischen Defekts unbemerkt in der Feuerwache zu großen Schäden hätte führen können, empfiehlt er die Installation einer Brandmeldeanlage in der Feuerwache. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf den verheerenden Brand in der zentralen Wache der Feuerwehr in Oldenburg/Holstein. Die Beschaffungsmaßnahme werde er entsprechend für den Haushaltsplan 2023 anmelden.

Ferner berichtet Herr Nimtz über einen Schwelbrand in einer Getreide-Siloanlage zu einem landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetrieb und verdeutlicht in diesem Zusammenhang das hohe Gefährdungspotential des ortsansässigen Unternehmens. Ein Kamerad habe sich beim Ausstieg aus der Trocknungsanlage schwer verletzt; ein weiterer Kamerad habe sich leicht verletzt.

Darüber hinaus berichtet Herr Nimtz über einen schweren Verkehrsunfall am heutigen Tage. Eine Seniorin habe mit ihrem PKW eine sich im Einsatz befindliche Hubarbeitsbühne gerammt. Da der Hubsteiger sich nicht mehr herunterfahren ließ, sei die Feuerwehr angerückt und habe die beiden Verletzten mit Hilfe der Drehleiter retten können. Beide Fahrzeuge seien erheblich beschädigt worden.

Frau Wisbar bedankt sich für den Sachstandsbericht und bittet Herrn Nimtz, den verletzten Feuerwehrkameraden entsprechende Genesungswünsche auszurichten.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; Frau Wisbar schließt die Einwohnerfragestunde um 18:43 Uhr.

**Top 7 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)**  
**Vorlage: SR/BeVoSr/512/2021**

Wortbeiträge liegen nicht vor. Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(der Hauptausschuss empfiehlt,  
und die Stadtvertretung beschließt,)

die der Vorlage beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Ratzeburg (Hebesatzsatzung).

**Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 (einstimmig)**

**Top 8 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Auswirkungen des Schulverbandshaushaltes auf den Haushalt der Stadt; hier:**  
**Weisungsbeschluss zur Festsetzung der Umlagen**  
**Vorlage: SR/BeVoSr/543/2021**

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag und lässt hierüber abstimmen.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(die Stadtvertretung beschließt:)

Die Mitglieder der Stadt Ratzeburg in der Schulverbandsversammlung des Schulverbandes Ratzeburg werden angewiesen, in der Sitzung der Schulverbandsversammlung am 15.12.2021,

- 1.) den Schulverbandsumlagen gemäß Entwurf des **1. Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsplan 2021** des Schulverbandes Ratzeburg

bis zu einer Höhe von 3.218.442,06 € zuzustimmen

- 2.) den Schulverbandsumlagen gemäß Entwurf des **Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022** des Schulverbandes Ratzeburg

bis zu einer Höhe von 3.403.378,12 € zuzustimmen.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

## **Top 9 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**

### **I. Nachtragshaushaltsplan 2021**

#### **Top 9.1 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**

##### **I. Nachtragshaushaltsplan 2021; hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungsbeschluss**

###### **Vorlage: SR/BeVoSr/544/2021**

Herr Koop skizziert anhand einer Übersicht die seit Versand der Sitzungsunterlagen eingetretenen Veränderungen, u. a. die bereits vorgetragenen Änderungen gemäß der November-Steuerschätzung 2021 sowie die geringfügigen Änderungen aufgrund der Neufestsetzung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Herr Rick bezieht sich auf die Haushaltsstelle 880.5313 und bittet um einen Sachstandsbericht hinsichtlich der veranschlagten Kosten für die Anmietung von Wohncontainer für Zwecke der Obdachlosenunterbringung.

Herr Wolf führt aus, dass bis zum geplanten Abriss des Gebäudes am 01.12.2021 sämtliche Bewohner des „Langen Jammers“ ersatz- und interimswise in Containern untergebracht werden müssen. Die Container seien auf Grundlage der Beschlussfassung im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und der vorherigen Maßgabe des für die Obdachlosenunterbringung zuständigen Fachbereiches, zehn Wohneinheiten zu schaffen, von der Gemeinnützigen Kreisbaugenossenschaft errichtet worden. Unabhängig von der Auslastung und der Belegung der Wohncontainer werde ab dem 01.12. eine Miete fällig; diese müsse bis zur vollständigen Errichtung des Schlichthauses gezahlt werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag, einschließlich der in der Sitzung vorgetragenen Änderungen, abstimmen.

#### **Beschluss::**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(der Hauptausschuss empfiehlt,  
und die Stadtvertretung beschließt,)

- die Änderungen der Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in einem Nachtragshaushalt festzusetzen und
- die daraus resultierende I. Nachtragshaushaltssatzung 2021 gemäß Entwurf.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

**Top 9.2 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**I. Nachtragshaushaltsplan 2021; hier: Investitionsprogramm 2020 bis 2024**  
**Vorlage: SR/BeVoSr/545/2021**

Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Die in der Sitzung vorgetragenen Änderungen sind Gegenstand des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(der Hauptausschuss empfiehlt,  
und die Stadtvertretung beschließt,)

das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024 gemäß Entwurf.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

**Top 10 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Haushaltsplan 2022**

**Top 10.1 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Haushaltsplan 2022; hier: Stellenplan 2022**  
**Vorlage: SR/BeVoSr/548/2021**

Herr Bruns trägt ergänzend zu den Erläuterungen in der Beschlussvorlage vor, dass aufgrund der personellen Situation im Fachdienst Tiefbau und des für die Stelle Nr. 97 (Landschaftspfleger, Ing.) vorgeschlagenen kw-Vermerks, eine zusätzliche Stelle zu schaffen wäre, um weiterhin in diesem Fachdienst handlungsfähig zu sein. Dieser Schritt sei zudem auch aus organisatorischen Gründen erforderlich. Je nach Gestaltung der Stellenbeschreibung bittet er um einen weitgefassten Eingruppierungsspielraum von E 9 bis E 12.

Zudem bittet Herr Bruns um Zustimmung zur Einrichtung der Stelle Nr. 56 (Verwaltungsfachangestellte/r im Fachbereich 4). Der Bedarf sei in der Beschlussvorlage für den nichtöffentlichen Sitzungsteil (TOP 13 – Personalangelegenheiten; hier: Einwerbung einer neuen Stelle für den Fachbereich 4 im Stellenplan 2022) hinreichend begründet worden, sodass es aus seiner Sicht keiner weiteren Diskussion bedürfe.

Ferner bittet Herr Bruns um Anpassung der Eingruppierung für die Stelle Nr. 8 (Verw.-Angestellter) von bisher E 8 auf E 9. Grund hierfür sei eine Neuordnung der Aufgaben für die Koordination des Datenschutzes innerhalb der Stadtverwaltung. Der Datenschutzkoordinator unterstütze die verantwortliche Stelle und vor allem den gemeinsamen behördlichen Datenschutzbeauftragten des Kreises Herzogtum Lauenburg.



Auf Nachfrage von Herrn Rick erläutert Herr Bruns, dass der Stellenanteil des Datenschutzkoordinators bislang dem Stelleninhaber der Stelle Nr. 7 (IT-Administration) zugeordnet sei, diese Stelle jedoch ab dem 01.07.2022 nicht mehr besetzt sein werde. Entsprechend beabsichtige er die Neuordnung dieser Aufgabe innerhalb des Fachbereiches Zentrale Steuerung.

Nach den mündlichen Ergänzungen von Herrn Bruns schließt sich eine rege Diskussion hinsichtlich der zusätzlichen Stelle im Bereich des Fachdienstes Tiefbau an. Es werden insbesondere Fragen zum Erfordernis des gewünschten Verfahrens und zum Gestaltungsspielraum bezüglich der Eingruppierung gestellt. Ebenso kommt es zu Irritationen in Bezug auf die künftige Nummerierung im Stellenplan.

Da eine abschließende Klärung der offenen Fragen im öffentlichen Sitzungsteil nicht möglich erscheint, beantragt Herr Rütz die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen. Frau Wisbar lässt über den Antrag abstimmen.

10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Entsprechend stellt die Vorsitzende um 19:14 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

### **Nichtöffentlicher Sitzungsteil**

*[entfällt in der öffentlichen Sitzungsniederschrift]*

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit der Sitzung um 19:26 Uhr wieder her.

### **Öffentlicher Teil**

Weitere Erläuterungen und Anregungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag, einschließlich der nachstehenden Änderungen abstimmen:

Stelle Nr. 8 (Datenschutzkoordinator) – Eingruppierung von bisher E 8 auf E 9  
Stelle Nr. 97b (Fachdienst Tiefbau) – Eingruppierung zwischen E 9 und E 12

### **Beschluss:**

**Der Finanzausschuss empfiehlt** der Stadtvertretung, den Stellenplan 2022 gemäß Entwurf (01.11.2021) zur Vorlage zu beschließen.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

### **Top 10.2 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021 Haushaltsplan 2022; hier: Verwaltungs- und Vermögenshaushalt, Satzungs- beschluss Vorlage: SR/BeVoSr/546/2021**

Herr Koop erörtert anhand der Veränderungsliste (siehe Anlage) die zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen im Verwaltungshaushalt. Der Soll-Fehlbedarf könne von bisher 2.303.100 € um 1.020.300 € auf nunmehr 1.282.800 € gesenkt werden.

Der Finanzausschuss nimmt die vorgetragenen Änderungen zur Kenntnis.

Anschließend verliest Frau Wisbar einzeln die Überschriften zu den Unterabschnitten (UA) und bittet um Wortbeiträge, Anregungen und Änderungsvorschläge.

Zu den nachfolgenden Haushaltsstellen werden folgende Einzelbeschlüsse gefasst.

HHSt. 020.6500 Geschäftsausgaben (FB Zentrale Dienste) -3.000 €  
Herr Rothe beantragt die Kürzung des Haushaltsansatzes auf das Ergebnis der Jahresrechnung 2020.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

HHSt. 110.5000 Gebäudeunterhaltung Hundezwingeranlage -5.300 €  
Herr Rick verweist auf den in der vergangenen Sitzung des Finanzausschusses beschlossenen Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung (Nr. 11) und bittet um die vorgenannte Kürzung des Haushaltsansatzes.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen (einstimmig)

HHSt. 130.1760 Spenden (Brandschutz) +5.000 €  
Veranschlagung der für drei Jahre zugesagten Spendenhöhe zur Unterhaltung des Tauchdienstes bei der Freiwilligen Feuerwehr Ratzeburg

Beschluss: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen (einstimmig)

HHSt. 231.5711 Schulbücherei/Zeitschriften (LG) -1.600 €  
Kürzung des Haushaltsansatzes auf das Rechnungsergebnis 2020

Beschluss: 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen  
(mehrheitlich beschlossen)

HHSt. 630.5115 Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur -127.500 €  
Herr Rick schlägt vor, den Haushaltsansatz pauschal um einen Betrag in Höhe von 400.000 € zu kürzen. Anschließend entsteht eine intensive Diskussion über die Notwendigkeit der seitens des Fachdienstes Tiefbau vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen, insbesondere zur Oberflächensanierung der Heinrich-Hertz-Straße. Herr Martens schlägt im Hinblick auf mögliche Haushaltsausgabereise vor, den Haushaltsansatz pauschal um 100.000 € zu kürzen. Nach einer weiteren Diskussion über die Realisierbarkeit aller angemeldeten Einzelmaßnahmen beantragt Herr Rothe, den Haushaltsansatz von bisher 727.500 € um 127.500 € und somit auf 600.000 € zu kürzen. Die Herren Rick und Martens ziehen ihre Anträge zurück. Über den Antrag von Herrn Rothe lässt die Vorsitzende abstimmen.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen  
(mehrheitlich beschlossen)

HHSt. 790.6300 Kosten für Tourismusförderung -19.500 €

Herr Martens fragt, ob die in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Stadtmarketing am 09.11.2021 beschlossenen Mehrerträge aufgrund der vorgesehenen Erhöhung der Parkgebühren ab 01.01.2022 in dem Haushaltsentwurf Berücksichtigung gefunden haben. Herr Koop erläutert, dass ausgehend von den prognostizierten Mehreinnahmen in Höhe von rd. 100.000 € lediglich rd. 82.000 € im Entwurf des Wirtschaftsplans der Eigenbetriebe veranschlagt worden seien. Entsprechend könne lediglich über eine Kürzung in Höhe von rd. 18.000 € nachgedacht werden. Nach einer kurzen Diskussion schlägt Herr Rothe vor, den Haushaltsansatz auf 380.000 € zu kürzen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

HHSt. 900.0030 Gewerbesteuer +308.000 €

Herr Rick verweist auf die Beschlussfassung unter TOP 7 „Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung)“ und beantragt, ausgehend von einem regulären Haushaltsansatz in Höhe der Veranschlagung in 2021 (= 5,3 Mio. €) die Mehreinnahmen aufgrund der Hebesatzanpassung zu veranschlagen. Herr Koop führt aus, dass die November-Steuerschätzung zwar grundsätzlich von einem Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen ausgehe, jedoch die heterogenen Gegebenheiten vor Ort betrachtet werden müssten. In diesem Zusammenhang nennt er u. a. den Wegzug der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg nach Mölln. Er skizziert, dass die beantragte Änderung zu veranschlagenden Mehreinnahmen in Höhe von 308.000 € führe; ebenso wäre der Haushaltsansatz bei der HHSt. 900.8100 (Gewerbesteuerumlage) entsprechend um 28.400 € zu erhöhen. Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rick abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Weitere Wortmeldungen und Änderungsvorschläge zum Verwaltungshaushalt liegen nicht vor. Herr Koop fasst das Ergebnis der Beratungen zusammen und erklärt, dass der Soll-Fehlbedarf 2022 sich nunmehr auf 841.300 € reduziere.

Anschließend bittet die Vorsitzende um Wortmeldungen zum Vermögenshaushalt.

Herr Rick schlägt vor, die vorgesehenen Haushaltsmittel bei den Haushaltsstellen 020.034.9400 (Schließanlage Rathaus) und 020.035.9351 (Pavement-Management-System, PMS) zu streichen.

Herr Wolf erwidert und erläutert die Vorteile einer modernen Schließanlage mit entsprechenden Steuerungsmöglichkeiten und programmierbaren Zutrittskontrollen. Auf Nachfrage von Frau Ruth bestätigt er, dass aufbauend auf die Installation der Schließanlage auch ergänzend eine zeitgemäße Zeiterfassung integriert werden könne.

Anschließend verweist Herr Rütz auf dem im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beschlossenen Sperrvermerk zum Erwerb eines Pavement-Management-Systems. Er schlägt vor, die veranschlagten Beträge im Haushalt zu belassen.

Nach einer kurzen Diskussion lässt die Vorsitzende über den ursprünglich von Herrn Rick beantragten Kürzungsvorschlag abstimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (abgelehnt)

Die Vorsitzende bittet um weitere Wortmeldungen zu den einzelnen Haushaltsstellen.

Herr Martens fragt nach, ob der Entwurfshaushalt 2022 bereits der Kommunalaufsichtsbehörde vorliege und ob eine Genehmigung in Aussicht gestellt worden sei.

Herr Koop bestätigt, dass er sich bereits mit der Kommunalaufsichtsbehörde in Verbindung gesetzt habe. Eine abschließende Beurteilung zur Genehmigungsfähigkeit könne jedoch zum aktuellen Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens noch nicht abgegeben werden. Er verweist auf den ursprünglich vorgelegten Haushaltsentwurf mit einem Soll-Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt von über 2,3 Mio. € und den in der mittelfristigen Finanzplanung anwachsenden Schuldenstand von über 10,0 Mio. €. Hinsichtlich der Genehmigungsfähigkeit der Gesamtbeträge der Kredite und Verpflichtungsermächtigungen seien die Regularien gemäß Krediterlass zu beachten. Ebenso werde eine Prioritätensetzung im investiven Haushalt gewünscht. Ob durch die jetzigen Verbesserungen im Haushalt mit einer Gesamtgenehmigung oder ggf. Teilversagung der Kreditaufnahme zu rechnen sei, müsse von der Kommunalaufsicht letztendlich bewertet werden. Dazu sei eine abschließende Beschlussfassung des Haushaltsplans in der Sitzung der Stadtvertretung sowie die Vorlage sämtlicher Bestandteile des Haushaltsplans bei der Kommunalaufsicht erforderlich.

Herr Martens schlägt vor, den Haushalt ohne Änderungen im Vermögenshaushalt zu beschließen und der Kommunalaufsichtsbehörde zur Prüfung weiterzuleiten. Durch dieses Verfahren entstünde Klarheit und Gewissheit, inwiefern die Zahlen für die Stadt tragbar wären.

Herr Rick erwidert und erachtet den Vorschlag von Herrn Martens für nicht zielführend. Er gibt zu bedenken, dass im Haushaltsjahr 2022 mit einer Netto-Neuverschuldung in Höhe von 2,7 Mio. € zu rechnen sei. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Genehmigungsschreiben der Kommunalaufsichtsbehörde zu den Haushaltsplänen der vergangenen Haushaltsjahre. Die dort enthaltenen Hinweise zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Ratzeburg sowie die Bemerkungen zu der mittelfristigen Finanzplanung seien mehr als deutlich. Er betont die eigene Verantwortung der Kommunalpolitik und verdeutlicht die Gestaltungsmöglichkeiten in dem aktuellen Beratungsverfahren.

Herr Rütz kann im Grundsatz den Ausführungen von Herrn Martens folgen und warnt vor vorauseilenden Gehorsam. Die Jahresrechnungen der vergangenen Haushaltsjahre haben sich oftmals besser als prognostiziert entwickelt, zum Teil seien Überschüsse entstanden.

Herr Clasen begrüßt die Diskussion und erklärt seine ursprüngliche Absicht, die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2022 zu verschieben und zunächst das Ergebnis für das Haushaltsjahr 2021 abzuwarten.

Herr Martens bittet um eine Beschlussfassung des Haushaltsplans im aktuellen Jahr. Das Zurückstellen der Beratungen wirke sich kontraproduktiv auf die Handlungsfähigkeit der Verwaltung aus. Herr Rütz stimmt Herrn Martens zu und vergegenwärtigt die Nachteile der vorläufigen Haushaltsführung.

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 20:51 Uhr bis 21:00 Uhr.

Auf Bitten der Vorsitzenden erörtert Herr Koop die Rahmenbedingungen zur Aufnahme von Krediten. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die allgemeinen Planungsgrundsätze und die im Haushaltserlass 2022 veröffentlichten Hinweise, dass die Investitionsplanung so auszugestalten sei, dass zum Ende des Haushaltsjahres eine Umsetzungsquote von mindestens 60 Prozent der zur Verfügung stehenden investiven Ermächtigungen erreicht werden sollte.

Herr Rick führt aus, dass die CDU-Fraktion einer Netto-Neuverschuldung von 2,7 Mio. € nicht zustimmen werde und beantragt, die Beratungen zum Vermögenshaushalt nunmehr fortzusetzen.

Herr Rütz bittet nunmehr um Abstimmung über den weitergehenden Antrag von Herrn Martens, den Vermögenshaushalt – so wie vorgelegt – zu beschließen und keine weiteren Kürzungen, Streichungen oder Verschiebungen vorzunehmen. Die Vorsitzende folgt dieser Bitte und lässt über den vorstehenden Antrag abstimmen.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (abgelehnt)

Entsprechend der Beschlussfassung werden die Beratungen zum Haushaltsplan 2022 fortgesetzt.

Herr Rick schlägt vor, die Veranschlagungen für die Beschaffung des Hilfelöschfahrzeuges HLF 20/16 (HHSt. 130.022.3450, 130.022.3620 sowie 130.022.9350) jeweils um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Herr Nimtz erörtert auf Nachfrage, dass ein nochmaliges Verschieben der Beschaffungsmaßnahme nicht mehr möglich sei. An der Sammelbeschaffung des Landes Schleswig-Holstein könne sich zudem nicht beteiligt werden, da nur Fahrzeuge mit einer vom Land definierten Standardausstattung ausgeschrieben werden. Die Stadt Ratzeburg benötige jedoch ein Fahrzeug mit entsprechender den örtlichen Gegebenheiten angepasste Sonderausstattung und -beladung. Das Beschaffungsprojekt des Landes beziehe sich daher nur auf kleinere Gemeindewehren.

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Nimtz zur Kenntnis; über den Vorschlag von Herrn Rick wird nicht abgestimmt.

Herr Rothe beantragt, die Haushaltsmittel für die Beschaffung von solarbetriebenen Geschwindigkeitsanzeigen (HHSt. 110.002.9350) in Höhe von 6.000 € aus dem Haushaltsentwurf zu streichen.

Beschluss: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Herr Rick verweist auf die textlichen Ausführungen in der Beschlussvorlage zur HHSt. 130.027.9400 „Sanierung Waschanlage/Waschplatz“ und regt an, die Haushaltsmittel in Höhe von 170.000 € gänzlich aus dem Haushaltsentwurf zu streichen.

Herr Rütz appelliert an alle Ausschussmitglieder, die vorgesehene Veranschlagung nicht zu verändern. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss habe zur weiteren Prüfung der Thematik einen Sperrvermerk eingerichtet.

Es schließt sich eine Diskussion über die Notwendigkeit der Maßnahme sowie über alternative Realisierungsmöglichkeiten an. Grundsätzlich werde eine Kooperation mit der RMVB präferiert. Herr Rothe beantragt sodann, die Investitionsmaßnahme zunächst in das Haushaltsjahr 2023 zu verschieben.

Herr Nimtz weist nochmals ausdrücklich auf die Notwendigkeit der Maßnahme hin. Der vorhandene Waschplatz sowie der Ölabscheider seien derart desolat, dass aufgrund von Schäden durch Rissbildung anzunehmen sei, dass das Grundwasser verunreinigt werde.

Die Vorsitzende lässt abschließend über den Antrag von Herrn Rothe, die Maßnahme um ein Jahr zu verschieben, abstimmen.

Beschluss: 4 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen  
(mehrheitlich beschlossen)

Herr Rothe beantragt ferner, die Haushaltsmittel für die vorgesehene Sanierung der Beleuchtungsanlage der Feuerwache (HHSt. 130.028.9400) um jeweils ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Herr Nimtz merkt an, dass die vorhandene Technik lt. Prüfung eines unabhängigen Sachverständigen nicht mehr den aktuellen Anforderungen entspreche und erneuert werden müsse. Durch die Umstellung auf moderne LED-Technik wären zudem Energieeinsparungen realisierbar.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rothe abstimmen.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Zur HHSt. 231.001.9400 (Erneuerung Heizzentrale Sportplatzgebäude) wird nach Fördermöglichkeiten durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gefragt. Herr Bruns erläutert, dass es sich bei der Haushaltsveranschlagung zunächst um eine Kostenschätzung handele, die Maßnahme jedoch aufgrund des Alters der bisherigen Ölheizanlage unabdingbar sei. Er schlägt vor, die Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen; die Aufhebung könne über den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss erfolgen.

Die Vorsitzende lässt über die vorgeschlagene Einrichtung des Sperrvermerks abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Herr Rothe bittet um Streichung der Haushaltsmittel für die Beschaffung von Hard- und Software zur Aufstellung eines digitalen Baumkatasters (HHSt. 580.003.9351).

Herr Bruns schildert eindringlich die Notwendigkeit der Maßnahme im Hinblick auf die Dokumentation der Verkehrssicherungspflicht. Mithilfe des Baumkatasters stünde der Verwaltung ein hilfreiches Werkzeug für die Regelkontrolle sowie zur Feststellung etwaiger Baumpflegemaßnahmen zur Verfügung. Weitere Wortbeiträge liegen nicht vor; die Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Rothe abstimmen.

Beschluss: 1 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen (mehrheitlich abgelehnt).

Herr Rick beantragt sodann die Verschiebung der Haushaltsmittel für die vorgesehene Sanierung der historischen Dreifeldbogenbrücke Dermin/Röpersberg in Höhe von 650.000 € in das Jahr 2023 (HHSt. 630.097.9500).

Herr Rütz als Vorsitzender des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses betont die Notwendigkeit der Sanierungsmaßnahme. Die Brücke stelle eine wichtige Rad- und Gehwegverbindung in der Vorstadt dar und stünde zudem unter Denkmalschutz. Ein Verschieben der Maßnahme könne ggf. zu einer Sperrung der Brückenanlage führen. Er appelliert an alle Ausschussmitglieder, die Haushaltsmittel bereitzustellen.

Die Vorsitzende lässt anschließend über den Antrag von Herrn Rick abstimmen.

Beschluss: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmenthaltungen (mehrheitlich beschlossen)

Anschließend wird über das ursprünglich vom Seniorenbeirat initiierte Projekt zum Ausbau einer Rad- und Gehwegverbindung zwischen der Seedorfer Straße und dem Salemer Weg (HHSt. 630.098.9500) diskutiert. Fraglich ist, ob die Maßnahme tatsächlich über das IMPULS-Programm des Landes Schleswig-Holstein gefördert werden kann. Entsprechend wird vorgeschlagen, die Haushaltsmittel für die Umsetzung der Maßnahme zu sperren und lediglich die Planungskosten freizugeben. Über die Aufhebung des Sperrvermerks soll der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss nach Vorliegen eines Zuwendungsbescheides entscheiden. Die Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen (einstimmig)

Nach dieser Beschlussfassung liegen keine weiteren Änderungsanträge vor. Herr Koop skizziert die finanziellen Auswirkungen der beschlossenen Änderungen. Die Netto-Neuverschuldung im Haushaltsjahr 2022 habe sich von bisher 2,7 Mio. € auf nunmehr 1,8 Mio. € reduziert. Gleichwohl merkt er an, dass durch die nunmehr verschobenen Maßnahmen die Verschuldung in den Folgejahren ansteigen werde.

Abschließend weist Herr Koop auf einen Fehler in den textlichen Ausführungen in der Beschlussvorlage hin. Auf Seite 15 heißt es, dass die Trägerschaft für die neu zu errichtende Calisthenics-Sportanlage (HHSt. 468.002.9400) vom Rotary-Club Ratze-

burg-Alte Salzstraße übernommen werde. Diese Darstellung sei offenkundig verkehrt. Selbstverständlich übernehme die Stadt Ratzeburg die Trägerschaft und somit auch die Verkehrssicherungspflicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen. Die in der Sitzung vorgetragenen und beschlossenen Änderungen sind Gegenstand des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(der Hauptausschuss empfiehlt,  
und die Stadtvertretung beschließt,)

den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie die daraus resultierende Haushaltssatzung 2022 gemäß Entwurf.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

**Top 10.3 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021  
Haushaltsplan 2022; hier: Investitionsprogramm 2021 bis 2025  
Vorlage: SR/BeVoSr/547/2021**

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung, die soeben beschlossenen Änderungen auch in der Finanzplanung und im Investitionsprogramm einzuarbeiten.

**Beschluss:**

Der **Finanzausschuss** empfiehlt,  
(der Hauptausschuss empfiehlt,  
und die Stadtvertretung beschließt,)

das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2021 bis 2025 gemäß Entwurf.

**Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 (einstimmig)**

**Top 11 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021  
Anträge**

Anträge liegen nicht vor.



**Top 12 - 22. Sitzung des Finanzausschusses v. 23.11.2021**  
**Anfragen und Mitteilungen**

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Vorsitzende schließt um 21:40 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil und stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

**Nichtöffentlicher Teil**

*[entfällt in der öffentlichen Sitzungsniederschrift]*

Die Vorsitzende schließt den nichtöffentlichen Sitzungsteil um 21:56 Uhr, stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt sodann die Sitzung.

Ende: 21:56 Uhr

gez. Marion Wisbar  
Vorsitzende

gez. Axel Koop  
Protokollführung

**Anlagen**

Anlage 1 – Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2021

Anlage 2 – Veränderungsliste 1. Nachtragshaushalt 2021 sowie Haushalt 2022

**Kurzübersicht über die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2021 (im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung 2021)**

	2021			2022			2023		
	bisher	neu	Abweichung	bisher	neu	Abweichung	bisher	neu	Abweichung
<b>900.0100   Gemeindeanteil an der EKSt.</b>									
Kommunen Schleswig-Holstein in €	1.337.000.000	1.424.000.000	87.000.000	1.392.000.000	1.449.000.000	57.000.000	1.476.000.000	1.529.000.000	53.000.000
Anteil Stadt Ratzeburg in €	5.970.200	6.358.700	388.500	6.215.800	6.470.300	254.500	6.590.900	6.827.500	236.600
<b>900.0120   Gemeindeanteil an der USt.</b>									
Kommunen Schleswig-Holstein in €	233.000.000	247.000.000	14.000.000	210.000.000	213.000.000	3.000.000	215.000.000	219.000.000	4.000.000
Anteil Stadt Ratzeburg in €	1.043.300	1.106.000	62.700	940.300	953.700	13.400	962.700	980.600	17.900
<b>Gesamtveränderung Stadt Ratzeburg</b>			<b>451.200</b>			<b>267.900</b>			<b>254.500</b>

	2024			2025			2026		
	bisher	neu	Abweichung	bisher	neu	Abweichung	bisher	neu	Abweichung
<b>900.0100   Gemeindeanteil an der EKSt.</b>									
Kommunen Schleswig-Holstein in €	1.571.000.000	1.620.000.000	49.000.000	1.660.000.000	1.705.000.000	45.000.000	-	1.797.000.000	-
Anteil Stadt Ratzeburg in €	7.015.100	7.233.900	218.800	7.412.500	7.613.500	201.000	-	8.024.300	-
<b>900.0120   Gemeindeanteil an der USt.</b>									
Kommunen Schleswig-Holstein in €	219.000.000	223.000.000	4.000.000	223.000.000	227.000.000	4.000.000	-	231.000.000	-
Anteil Stadt Ratzeburg in €	980.600	998.500	17.900	998.500	1.016.400	17.900	-	1.034.300	-
<b>Gesamtveränderung Stadt Ratzeburg</b>			<b>236.700</b>			<b>218.900</b>			-

Im Auftrag

gez.  
 Payenda

**Veränderungsliste gegenüber dem bisherigen Entwurfshaushalt vom 09.11.2021  
inkl. Beschlüsse des Finanzausschusses am 23.11.2021**

Ratzeburg, 23.11.2021

HH-Stelle	Bezeichnung	Ansatz 2021 (bisher)	Ansatz 2021 (neu)	Veränderung	Ansatz 2022 (bisher)	Ansatz 2022 (neu)	Veränderung	Erläuterungen
<b>Nachmeldungen der Verwaltung</b>								
435.5913	Kosten Leistungen Bauhof	-	-	-	0	400	400	Winterdienst
4644.6522	Fernmeldegebühren	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	gem. Abrechnungen Montessori
470.7039	Zuschussbeträge nach Maßgabe ASJS	-	-	-	17.100	16.600	-500	Beschluss ASJS am 04.11.2021
560.5914	Kosten Leistungen Bauhof (Riemannstr. 1-3)	-	-	-	3.300	3.500	200	Erhöhung gem. Jahresleistungsvertrag
830.2100	Gewinnanteile Stadtwerke Ratzeburg GmbH	-	-	-	757.500	900.000	142.500	Erhöhung gem. Gesellschafterversammlung
900.0100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	5.970.200	6.329.400	359.200	6.215.800	6.470.300	254.500	Nov.-Steuerschätzung 2021
900.0120	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.043.300	1.106.000	62.700	940.300	953.700	13.400	Nov.-Steuerschätzung 2021
900.0410	Schlüsselzuweisungen	3.611.700	3.604.400	-7.300	-	-	-	KFA-Neufestsetzung
900.0615	Zuweisung Ausgleich von EKSt-Mindereinnahmen	350.000	167.400	-182.600	-	-	-	Nov.-Steuerschätzung 2021
900.8320	Kreisumlage				6.144.600	5.764.600	-380.000	Annahme: -2,0%-Punkte
900.2800	Zuführung vom Vermögenshaushalt (Allg. Rücklage)	748.700	517.700	-231.000	27.100	258.100	231.000	redaktionelle Anpassung
<b>Änderungen des Finanzausschusses 23.11.2021</b>								
020.6500	Geschäftsausgaben				10.000	7.000	-3.000	} siehe Sitzungsniederschrift FA 23.11.2021
110.5000	Gebäudeunterhaltung Hundezwingeranlage				6.300	1.000	-5.300	
130.1760	Spenden				0	5.000	5.000	
230.5711	Schulbücherei/Zeitschriften				2.600	1.000	-1.600	
630.5115	Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze, Buswartehäuser und Fahrradunterstände				727.500	600.000	-127.500	
790.6300	Kosten für Tourismusförderung				399.500	380.000	-19.500	
900.0030	Gewerbesteuer				5.135.000	5.443.000	308.000	
900.8100	Gewerbesteuerumlage				473.000	501.400	28.400	
	Summe Veränderungen Einnahmen			1.000			954.400	
	Summe Veränderungen Ausgaben			1.000			-507.400	
<b>Soll-Fehlbedarf</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-2.303.100</b>	<b>-841.300</b>	<b>1.461.800</b>	